

Gemeindeabstimmung vom 25. September 2005

JA zur Einführung von NPM

New Public Management heisst Wirkungsorientierte Verwaltungsführung

JA zu einer zweckmässigen Aufteilung der Kompetenzen und Verantwortung zwischen Politik und Verwaltung.

JA zu klaren Aufträgen der Politik an die Verwaltung.

JA zu motivierten Verwaltungsmitarbeitenden, die ihre Kompetenzen wahrnehmen.

JA zu Kostentransparenz für die erbrachten Leistungen.

JA zu einem wirkungsvollen Einsatz unserer Steuergelder.

JA zu einer bürgernahen und leistungsfähigen Gemeinde.

Zur NPM Abstimmung wird auch Ungeniesbares serviert

Nach dem Motto «Was der Bauer nicht kennt, das frisst er nicht» lehnt die SVP die Vorlage ab. Kein Wunder, wenn die Fakten zu NPM und Gemeindeverfassung wie Kraut und Rüben vermischt werden.

Lassen Sie sich von Halb- und Unwahrheiten nicht verwirren, denn...

NPM hat nichts mit «Abbau von demokratischen Mitwirkungsrechten» zu tun. Zu diesem Problemkreis konnten und können Sie sich anlässlich der Revision der Gemeindeverfassung (OgR) äussern.

NPM bläht die Verwaltung nicht auf, wegen NPM wird keine einzige neue Stelle geschaffen.

NPM ist kein «Fass ohne Boden». Die Einführungsphase hat zwar Geld gekostet. Daraus erwachsen aber keine Folgekosten.

NPM ist kein «Ladenhüter», der Kanton Bern und die Städte Bern und Thun, Aarberg und viele weitere Gemeinden arbeiten mit diesem System, Burgdorf führt es eben ein.

Probleme müssen die politischen Gremien und die Verwaltung nach wie vor selber lösen. NPM wird uns dabei hilfreich sein.

In einer Demokratie kann man aus guten Gründen gegen eine Vorlage sein, aber bitte mit sachlich korrekten Argumenten.

Die SP sagt aus Überzeugung JA zu NPM

Eidgenössische Abstimmung

JA zur Personenfreizügigkeit und zu den flankierenden Massnahmen

Die Personenfreizügigkeit ist eine massgeschneiderte Lösung für die Schweiz. Sie bringt Chancen für Studierende und Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dank strengen flankierenden Massnahmen dürfen schweizerische Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht missbräuchlich unterboten werden.

Wichtig für Gewerbebetriebe: Die einheimischen Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten auch für in der Schweiz tätige ausländische Firmen.

Kantonale Abstimmung

JA zur Verfassungsänderung

Die Verschiebung der Kompetenz zur Erteilung des Kantonsbürgerrechts an Ausländerinnen und Ausländer vom Grossen Rat zum Regierungsrat vereinfacht und beschleunigt das Verfahren.

JA zur Änderung des Gesetzes über die Erteilung des Kantons- und Gemeindebürgerrechtes

Die Delegation der Einbürgerungskompetenz an den Gemeinderat schränkt die Gemeindeautonomie nicht ein. Es ist auch kein Abbau der direkten Demokratie, da Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gewählte Volksvertreter sind. Das vor geschlagene Verfahren hat sich in Buchsi seit einigen Jahren bestens bewährt.

NEIN zur Änderung des Gesetzes über die Lehranstellung (LAG)

Das neue LAG verschlechtert die Anstellungsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer. Kinder und Eltern jedoch sind auf motivierte und engagierte Lehrkräfte angewiesen. Für ihre Leistungen sollen die Lehrkräfte wie bisher fair entlohnt werden. Setzen wir unsere gute Schule nicht aufs Spiel.

Nicht verpassen! Am Freitag, 2. September 2005, 21.30 Uhr im Bären Buchsi

XSEIT ISCH GSEIT Satiren, Kolumnen, Chansons
mit Heinz Däpp von Radio DRS und Bernhard Stirnemann von den Berner Troubadour

Eintritt Fr. 20.-, Reservationen mit oder ohne Essen (à la carte, ab 18.00Uhr) **Telefon 031 869 02 99**